Nr. 418. — Erstes Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, 13. Dezember 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Die Panama-Kanal-Frage.

Am 10. d. Mts. wird sich eine Kommission zur Ermittelung des wahren Standes der Arbeiten am Panama-Kanal von Paris aus an Ort und Stelle begeben. Der Liquidator des Unternehmens, Herr Brunet, ein früherer Minister, hat sich über die Aufgabe dieser Kommissare und über die Verhältnisse des Kanals, wie man aus Paris schreibt, folgendermaßen ausgesprochen: Die mit der Untersuchung beauftragten Kommissare sind seit 2½ Monaten mit den Vorarbeiten zu derselben beschäftigt, sie haben alle bezüglichen Dokumente zusammengetragen und studirt, die Mitarbeiter des Unternehmens vernommen und, wo immer sich nur Gelegenheit bot, sich über den Stand derselben unterrichtet. Während mit diesen Arbeiten zwölf Mitglieder befaßt waren, werden sich auf die Landenge selbst nur fünf derselben begeben und dort festzustellen suchen, ob es praktisch und lohnend ist, den Kanal zu vollenden. Jedes dieser Mitglieder bezieht die verhältnißmäßig unbedeutende Summe von 12,500 Franks pro Monat. Die Kommission wird den Kanal in seiner ganzen Länge bereisen. Es wäre nämlich irrig, zu glauben, daß der Kanal nur an beiden Enden begonnen sei. Es gibt keinen Abschnitt der Kanallinie, in welchem nicht gearbeitet worden ist. Selbst in der Mitte ist das Kanalbett, wie photographische Aufnahmen darthun, auf stellenweise 90—100 Meter Tiefe hergestellt. Die Instandhaltung dieser Arbeiten wie des Maschinenmaterials kostet nur 1,200,000 Franks pro Jahr, wobei prinzipiell nicht sparsam verfahren wird, da es wesentlich ist, Alles in Stand zu erhalten für den Fall, daß sich die Kommission für die Fortsetzung des Kanalbaues aussprechen sollte.

Herr Brunet glaubt, daß diese Eventualität eintreffen dürfte. Dann wird man natürlich Alles an die Gründung einer neuen Gesellschaft setzen. Ist das Ergebniß der Untersuchung aber ein ungünstiges, so wird Herr Brunet zu einer sofortigen Liquidation schreiten. Die Lage der Panama-Gesellschaft ist nach der Ansicht des Liquidators sehr schlecht, aber doch nicht so schlecht, wie man im Allgemeinen annimmt. Sie besitzt doch immerhin 800,000 Hektar zu verwerthendes Land, Häuser, selbst Städte und ein enormes Material. Innerhalb dreier Monate wird man im Stande sein, das Schicksal des Panamakanals zu entscheiden.

Weit weniger günstig wird dagegen aus leicht begreiflichen Gründen der Stand der Panama-Kanal-Frage in Nordamerika aufgefaßt. Die Schilderungen, die von dort kommen, lauten für die französischen Interessenten geradezu hoffnungslos.

Briefen, die von Panama aus an die Redaktionen nordamerikanischer Zeitungen gerichtet sind, entnehmen wir Folgendes über den Zustand des „Kanales" im Oktober d. J.:

Eine gute, zwei englische Meilen lange Fahrstraße führt von Panama aus nach der Mündung des Kanals an der Küste des Stillen Oceans. Die Kanalarbeiten sind so liederlich gemacht, daß es **schwer ist, bei Hochwasser die Kanallinie zu erkennen**, und bei Ebbe hat der Kanal nicht mehr Wasser als ein Schlammgraben. Mehr nach dem Inlande zu, an mehreren Baggern vorbei, ist der Kanal zur **Weidefläche** für das Vieh der Umgegend geworden, und weiterhin sind **Bananenpflanzungen in der „Straße für den Welthandel"** angelegt. Auf der ganzen 70 Km. langen Route sind jetzt regelmäßig nur 100 Mann beschäftigt. Es sind dies Wächter, die das Eigenthum der Kanal-Kompagnie schützen sollen, und Leute, die mit Farbentöpfen umherlaufen, um die Hunderte von verrosteten Maschinen und Wagen anzustreichen.

Die Maschinen und Eisenbahngeleise, die man früher am Fuße der Berge (des Culabra-Passes) sah, sind nun vollständig in Sand und Schlamm begraben. Wahrscheinlich werden sie von kommenden Geschlechtern von Kanalbauern ausgegraben und als ein Zeichen der Genialität ihrer Vorfahren am Ende des 19. Jahrhunderts betrachtet werden.

Mit Ausnahme einiger Franzosen, die noch Gehälter beziehen, glaubt am Panama kein achtbarer Mann an einen Erfolg und Abschluß des Kanalbaues. Nur einige junge Leute (Franzosen und Spanier), die früher bei der Gesellschaft angestellt waren und jetzt geringere Stellungen als Kommis oder Schreiber bei den Dampferlinien bekleiden, ersehnen die Wiederaufnahme der Arbeiten, um in ihre früheren „Sinekuren" aufrücken zu können. Die früher in der „Isthmus-Presse" so eifrig besorgte Vertheidigung des Grafen Lesseps und seiner Leute hat auch aufgehört, seitdem die Gelder aus Frankreich ausgeblieben. Handel und Verkehr, mit Ausnahme des Transithandels, liegen auf dem Isthmus fast vollständig darnieder. Viele Kaufleute sind bankerott, andere schließen ihre Läden. Auch die Chinesen thun dies, was ein sehr schlimmes Zeichen ist. Ein Land, welches von den Chinesen verlassen wird, muß in einer sehr schlimmen Lage sein. — Die amerikanische Dredging Comp., welche den größten Theil der faktisch bewältigten Arbeit ausgeführt hat (an der atlantischen Seite, etwa 20 Kilometer weit), nimmt jetzt ihre Riesenbagger und sonstigen Maschinen und Materialien vom Isthmus fort und schafft dieselben nach Nicaragua, um sie dort zum Kanalbaue zu verwenden. Die Arbeiten werden daselbst seit Ende Oktober mit Energie betrieben.

C. H. Berlin, 12. Dezember.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 12. Dezember.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Tagesordnung: Der erste Gegenstand ist die erste Berathung des von dem Abg. v. Huene und Gen. beantragten Gesetzentwurfs, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen.

Der Gesetzentwurf bestimmt in seinem einzigen Paragraph: „Militärpflichtige, welche sich dem Studium der Theologie einer mit Korporationsrechten innerhalb des Gebiets des deutschen Reichs bestehenden Kirche oder Religionsgesellschaft widmen, werden in Friedenszeiten auf ihren Antrag während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des siebenten Militärpflichtjahres zurückgestellt. Haben dieselben bis zu dem vorbezeichneten Zeitpunkte auf Grund bestandener Prüfung die Aufnahme unter die Zahl der zum geistlichen Amt berechtigten Kandidaten erlangt, beziehungsweise die Subdiakonatsweihe empfangen, so werden diese Militärpflichtigen auf ihren Antrag der Ersatzreserve überwiesen und bleiben von Uebungen befreit."

Abg. v. Huene (Ztr.): Als ich den Antrag einbrachte, habe ich demselben eine kurze Begründung beigefügt, es ist heute meine Aufgabe, dieselbe zu erweitern. Die Frage, ob Geistliche in Bezug auf den Militärdienst eine gewisse Berücksichtigung verdienen, ist meiner Absicht nach durch die Gesetzgebung bereits entschieden durch die Bestimmung, daß Geistliche im Falle eines Krieges nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen werden dürfen. Ist das aber der Fall, so fragt es sich, wer hat ein Interesse an der militärischen Ausbildung der Geistlichen? Die Militär-Verwaltung gewiß nicht. Nun ist es aber sicher, daß das Studium der Geistlichen durch ihre Heranziehung zum Militärdienst erheblich gestört wird. Das Studium der Theologie ist ein solches, daß es eine Unterbrechung weniger verträgt, als jedes andere Studium. Von gewisser Seite ist darauf hingewiesen, man müsse in dem Antrage eine Beleidigung namentlich der evangelischen Theologen erblicken, er greife die Ehre der Theologen an. Nichts hat mir ferner gelegen, als eine solche Beleidigung, der Antrag schließt sich einfach an die Kabinetsordres an, welche die früheren preußischen Könige über die Militärpflicht der Geistlichen erlassen haben und diese hatten sicherlich nicht die Absicht, die Ehre der evangelischen Theologen antasten wollen. Die allgemeine Wehrpflicht wird durch den Antrag nicht verletzt, da zu ihr auch die Landwehrpflicht gehört, in welcher die Geistlichen passende Verwendung finden können. Außerdem ist das Recht des Dienens ausdrücklich in unserm Antrage gewahrt, derselbe beschränkt sich auf die Friedenszeit und verhindert dadurch, daß Wehrpflichtige im Falle der Mobilmachung sich dem Studium der Theologie zuwenden, um sich dadurch der Militärpflicht im Kriege zu entziehen. Die Bestimmung, daß Geistliche nicht zu dem Dienst mit der Waffe im Kriege herangezogen werden sollen, beruht in der vollen Würdigung der Stellung des Geistlichen. Der Geistliche ist nicht dazu da, um Wunden zu schlagen, er soll vielmehr Wunden heilen. (Bravo!) Der Antrag durchbricht nicht das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, er drängt aber auch die Wohlthat Niemand auf, überläßt es vielmehr Jedem, ob er davon Gebrauch machen will. Der Antrag verletzt kein Recht eines Anderen und die gegenseitige Rücksichtnahme ist die Grundlage unseres Staates. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Antrag an. (Bravo!)

Abg. v. Kleist-Retzow (kons.): Die gesetzliche Bestimmung, welche der Vorredner vorgezogen, hat nur Gültigkeit für den Geistlichen selbst, nicht aber für die Zeit zur Vorbereitung für den Beruf. Die Militärs haben früher wiederholt erklärt, daß es ihnen daran gelegen sei, Personen der verschiedensten Stände unter der Waffe zu haben, das Niveau des Militärs wurde dadurch gehoben. Außerdem ist es nicht zu leugnen, daß der Militärdienst für die Geistlichen von Vortheil ist. Bestritten kann dem gegenüber nicht werden, daß die angeführten Bestimmungen der Kirche große Verlegenheiten bereiten können. Nichts desto weniger sind wir nicht in der Lage, dem Antrage unbedingt zuzustimmen, weil wir uns derartige grundlegende Vorschriften nicht machen lassen können, ohne unsere kirchlichen Behörden darüber zu hören. Es könnten für die jungen Geistlichen auch dieselben Bestimmungen vorgeführt werden, wie für die jungen Militärärzte, welche nur ein halbes Jahr dienen. Einen Antrag will ich in dieser Beziehung hier nicht stellen, habe aber geglaubt, die Sache hier in Anregung bringen zu sollen.

Abg. Reichensperger (Zentrum) behauptet, daß durch den Antrag durchaus kein neues Prinzip in unsere Wehrverfassung eingeführt werden solle. Bei der Berathung der neuen Wehrverfassung sei der Antrag nur deshalb nicht eingebracht worden, weil die damalige Situation beherrscht war von der Septennatsfrage. Die Geistlichen sollen nicht die Waffen führen, sie sollen auch im Kriege als die steten Repräsentanten der Brüderlichkeit angesehen werden und der Antrag thue nichts weiter, als daß er ein schon bestehendes altes Recht deklariren wolle. Es könne ihm nicht vorgehalten werden, daß der Antrag etwa gestellt sei wegen Todesfurcht der Geistlichen, dieselben hätten vielmehr sowohl im Getümmel der Schlacht, wie in dem Pesthauche der Lazarethe muthig ausgehalten und viele seien ihrer aufopfernden Thätigkeit zum Opfer gefallen. Wenn dem Antrage entgegengehalten werde, er involvire eine Mißachtung der Waffe, so müsse er einen solchen Vorwurf auf das Entschiedenste zurückweisen. Es sei doch auch schwer zu sagen, welches Interesse die Militärverwaltung an der militärischen Ausbildung der Geistlichen haben könnte. Er empfehle die Annahme des Antrages.

Abg. Dr. Delbrück (Reichsp.): Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen den evangelischen und katholischen Geistlichen und ich will den letzteren unbedingt die Berechtigung des Antrages zugestehen, weil dessen Ausbildung und ganze Stellung im prinzipiellen Widerspruche mit der Waffe steht. Der Forderung: gleiches Recht für Alle, widerspräche der Antrag nicht, denn die Parität ist zweischneidig und die wirkliche Parität besteht in der Berücksichtigung der besondern Verhältnisse des einzelnen Standes. Deshalb wollen wir den katholischen Theologen die Forderung unbedingt bewilligen, den evangelischen aber nicht, für diese letzteren würde eine solche Bestimmung ein Privilegium odiorum sein. Die evangelischen Geistlichen protestiren gegen eine Erneuerung des Privilegiums. Auch mit dem Vorschlage des Abg. v. Kleist-Retzow, die Geistlichen im Lazareth zu verwenden, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Was sollen dieselben da etwa lernen? Ich will, daß die evangelischen Theologen ihre Militärzeit voll und ganz erfüllen, wir wollen, mit Ausnahme der katholischen Theologen, keinen Stand von der allgemeinen Wehrpflicht ausschließen.

Abg. Kulemann (natl.): Das jetzige Gesetz trägt der in dem Antrage verlangten Rücksicht schon volle Rechnung. Die Gründe, welche für den Antrag von katholischer Seite geltend gemacht würden, beruhten eigentlich nicht auf einer kirchlichen, sondern einer menschlichen Auffassung, er aber halte den Antrag für überflüssig. Der Geistliche solle der Militärdienstzeit nicht entzogen werden, er solle nicht außerhalb des allgemeinen Volkslebens gestellt werden. Nun noch die Entscheidung darüber, ob er der Militärpflicht genügen wolle, oder nicht, in das Belieben des Einzelnen zu stellen, halte er für sehr bedenklich, weil dadurch allerhand Mißbrauch getrieben werden könne. Den katholischen Geistlichen allein eine derartige Sonderstellung zu geben, halte er für eine Verletzung der Parität und werde er deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. v. Mycielski (Pole) befürwortet mit Rücksicht auf den Priestermangel in der Erzdiözese Posen den Antrag.

Abg. Dr. Windthorst (Ztr.): Es ist behauptet worden, daß in der evangelischen Bevölkerung ein Verlangen nach einer derartigen Sonderstellung der evangelischen Theologie nicht vorhanden sei. Ich bin der Ueberzeugung, daß die evangelischen kirchlichen Behörden es sehr gerne sehen würden, wenn der Antrag so angenommen würde, wie er gestellt ist. Der Antrag erstreckt sich auf die Geistlichen aller Konfessionen, auch der israelitischen, und er entspricht nach meiner Ansicht durchaus den Anschauungen der Bevölkerung. Die Geistlichen haben im gewöhnlichen Leben Gelegenheit genug, ihren Muth und ihre Tapferkeit zu beweisen, die Beweisführung gegen den Antrag ist erst in neuester Zeit hervorgerufen worden. Der Antrag zwingt Niemand, von der Waffe wegzubleiben, die evangelischen Geistlichen sind also auch bei Annahme des Antrages nicht gezwungen, von der Ausnahme Gebrauch zu machen. Die Geistlichen aller Konfessionen aber haben das gleiche Interesse an einer guten Vorbereitung für den geistlichen Stand. Wenn die Herren vom evangelischen Bunde anderer Ansicht sind, so bleibt es ihnen unbenommen, durch ein Ausschreiben die evangelischen Theologen zum Militärdienst aufzufordern. Wir verlangen die Sonderstellung für die katholischen Geistlichen mit Rücksicht auf die Priesternoth in der katholischen Kirche, wir werden aber auch nie aufhören, dasselbe für die evangelischen Geistlichen herbeizuführen.

Weitere Redner haben sich nicht gemeldet, es wird somit in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs eingetreten.

Hierzu sind inzwischen zwei Anträge eingegangen: 1) vom Abg. Dr. Delbrück, welcher die Ausnahmebestimmung nur auf die katholischen Geistlichen anwenden will, und 2) vom Abg. v. Kleist-Retzow, welcher die Bestimmung herbeiführen will, daß Einjährig-Freiwillige, welche sich dem Studium der Theologie widmen, in Friedenszeiten auf ihren Antrag nach halbjährigem Dienste mit der Waffe das zweite Halbjahr als Lazarethgehülfen dienen.

Abg. v. Huene erklärt, daß er sich dem Antrage Delbrück nur im Falle eines gewissen Nothstandes anschließen könne. Den Antrag von Kleist bitte er dagegen abzulehnen.

Abg. Richter (deutschfr.) bedauert, daß bei dieser wichtigen Verhandlung kein Vertreter der verbündeten Regierungen, namentlich der Kriegsminister, nicht anwesend sei. Erscheine auch bei den folgenden Gegenständen der Tagesordnung Niemand, so müsse man annehmen, daß eine höhere Ordre vorliege, welche für alle Initiativanträge maßgebend sei. Es würde andererseits leicht sein, mit der Regierung eine angemessene Fassung zu vereinbaren.

Abg. v. Kleist-Retzow befürwortet seinen Antrag, Abg. Dr. Windthorst empfiehlt die Ablehnung desselben.

Abg. v. Kleist-Retzow erklärt, daß sein Antrag auf einem einstimmigen Beschlusse der evangelischen Generalsynode beruhe.

Abg. Dr. Delbrück empfiehlt trotzdem die Ablehnung dieses Antrages, indem er auf die Schwierigkeiten verweist, welche dieser Antrag hervorrufen würde.

Abg. v. Kleist-Retzow: Die Generalsynode habe die Schwierigkeiten wohl erkannt und trotzdem den Beschluß einstimmig gefaßt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Huene durch Zählung mit 127 gegen 111 Stimmen angenommen, wodurch die Anträge Delbrück und v. Kleist-Retzow beseitigt sind.

Es folgt die erste Berathung des vom Abg. Dr. Windthorst beantragten Gesetzentwurfs betr. die Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874.

Abg. Dr. Windthorst verweist darauf, daß dieser Gesetzentwurf bereits wiederholt vom Reichstage angenommen sei, ohne daß der Bundesrath zugestimmt hätte. Er hoffe, daß der Reichstag auch wiederum sich mit dem Gesetzentwurfe einverstanden erklären werde.

Abg. Dr. v. Marquardsen (natl.) erklärt namens der Mehrzahl seiner politischen Freunde, daß sie jetzt dem Antrage Windthorst zustimmen werden.

Eine gleiche Erklärung geben die Abgg. Rickert namens der freisinnigen und v. Rheinbaben namens der Reichspartei ab.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) spricht seine Befriedigung über die soeben gehörten Zustimmungen aus.

Abg. Müller-Marienwerder (Reichsp.) spricht im Interesse der Deutschen in Posen den Wunsch aus, daß der Kulturkampf so bald als möglich beseitigt werde.

Die Abgg. Singer (Sozd.) und Hahn (kons.) erklären gleichfalls, daß sie für den Antrag stimmen werden.

Abg. Richter konstatirt, daß auch hier kein Vertreter der Regierung vorhanden sei. Da die Regierung früher dem Antrage so entschieden Widerstand entgegengesetzt, so sei anzunehmen, daß sie ihren Widerspruch fallen gelassen habe.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf darauf in zweiter Berathung fast einstimmig angenommen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der vom Abg. Dr. Windthorst beantragte Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Anwendung der Bestimmung der Kongoakte hinsichtlich der freien Ausübung aller Kulte und Zulassung der Missionen auf allen deutschen Schutzgebieten).

Nachdem Abg. Windthorst den Antrag kurz motivirt, erklärt Abg. Hahn (kons.), daß er mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei, aber der Fassung desselben nicht zustimmen könne, weil seitens der Reichsregierung so verfahren werde, wie der Antrag gesetzlich feststellen wolle. In Fällen, wo die Nothwendigkeit dazu vorliege, sei er bereit, solchen Anträgen zuzustimmen, er glaube aber, in dem vorliegenden Falle eine solche Nothwendigkeit nicht als vorliegend annehmen zu können. Aber auch die Fassung des Antrages sei bedenklich, weil durch die freie Gewährung des Kultus auch dem Islam ein Privilegium gewährt werde. Der Abg. Stöcker habe zu diesem Gegenstande einen Antrag gestellt, dahin gehend, daß unter Ablehnung des Antrages Windthorst die verbündeten Regierungen ersucht werden mögen, Maßregeln zu treffen, daß die beiden christlichen Konfessionen sich in ihrer Missionsthätigkeit nicht beeinträchtigen können.

Abg. Wörmann (nat.-lib.) tritt dem Bedenken des Vorredners bei, daß bei Annahme des Antrages auch muhamedanischen Sendlingen der Eintritt in die Schutzgebiete gewährt werde. Bei der bestimmten Erklärung der Regierungen in der Budget-Kommission sei der Antrag überflüssig und bezüglich des Antrages Stöcker glaube er, daß dies dem Taktgefühle der betreffenden Geistlichen überlassen werden müsse. Mit der Tendenz des Antrages sei er einverstanden.

Abg. v. Ow (Reichspartei) steht auf einem entgegengesetzten Standpunkte. Der Antrag rechtfertige sich seiner Ansicht nach selbst. Im Interesse des konfessionellen Friedens nicht blos hier, sondern auch im Auslande, empfehle er die Annahme des Antrages.

Abg. Nobbe (Reichspartei) erklärt, daß der Vorredner nicht im Namen der gesammten Reichspartei gesprochen habe. Er stehe ganz und voll auf dem Standpunkte der Gewissensfreiheit, weil er aber die Konsequenzen eines solchen Antrages nicht übersehen konne, so wolle er die Angelegenheit der Regierung überlassen und erkläre sich mit den Anschauungen des Abg. Hahn einverstanden.

Die erste Berathung wird geschlossen.

In seinem Schlußwort erklärt Abg. Dr. Windthorst, daß er trotz allen Widerstandes seinen Wunsch mit Konsequenz verfolgen werde, bis er erfüllt sei. Er empfehle seinen Antrag ohne Abänderung zur Annahme. Nur in voller Freiheit der gegenseitigen Bewegung sei der Frieden herzustellen. Er stehe auf dem Boden der vollen religiösen Freiheit, die erforderliche Sicherheit aber könne nur durch ein Gesetz gegeben werden.

Es wird hierauf in die zweite Berathung des Antrages eingetreten. Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Stöcker vor: „Unter Ablehnung des Antrages Dr. Windthorst die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Maßregeln zu treffen, durch welche bei Festhaltung des Grundsatzes der Parität das gleichzeitige Wirken von Missionaren verschiedener Konfessionen in denselben Bezirken möglichst verhütet wird."

Abg. Stöcker rechtfertigt den Antrag. Er halte es nicht für geboten, auf kolonialem Boden Alles durch Gesetze festzulegen; die evangelische Kirche fordere nicht ein Titelchen mehr, wie die katholische, aber dem Antrage Windthorst könne er nicht zustimmen im Interesse der Aufrechterhaltung der Würde des Reiches, denn es würde durch den Antrag der Islam zum Missioniren in den Schutzgebieten zugelassen und derselbe befinde sich gegenwärtig in einer solchen Macht, daß ihm die christlichen Missionen schwer würden widerstehen können. Gegen die Vertretung der Gewissensfreiheit durch Dr. Windthorst müsse er namens seiner Kirche Verwahrung einlegen. Seinen Antrag habe er im Interesse der Erhaltung des religiösen Friedens gestellt und empfehle dessen Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Stöcker abgelehnt, dafür nur die Konservativen und Reichspartei.

Der vom Abg. Dr. Windthorst beantragte Gesetzentwurf wird alsdann bei Zählung mit 116 gegen 109 Stimmen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Ackermann (Befähigungsnachweis).

Deutschland.

⊙ **Berlin**, 12. Dezember. Vor und bei Beginn der gegenwärtigen Reichstagssession begegnete man in deutschfreisinnigen Blättern oft Klagen über Lebensmittelvertheuerungen und noch öfter den Behauptungen, daß die letzteren lediglich auf die seit 1879 eingehaltene Wirthschaftspolitik zurückzuführen seien. Man mußte danach zu der Ansicht gelangen, daß die Deutschfreisinnigen im Reichstage gerade diesen Punkt für ihre Angriffe gegen die herrschende Politik benutzen würden, umsomehr da dies in einzelnen ihrer Blätter mehr oder weniger in Aussicht gestellt wurde. Die Reichstagssession nähert sich nunmehr bereits dem Ende ihres ersten Abschnittes, aber die in Aussicht gestellte Agitation ist fast ganz ausgeblieben. Lediglich die Sozialdemokraten haben einige Anträge auf Streichung mehrerer Positionen unseres Zolltarifs eingebracht, die Deutschfreisinnigen aber haben fast gänzlich auf die Anwendung des Agitationsmittels verzichtet, von welchem sie sich anfänglich einen großen Erfolg versprachen. Es wird das erklärlich, wenn man erwägt, welches Fiasko eine Agitation erleben muß, die eine Politik angreift, mittels deren Gewerbe, Handel und Verkehr zu einer ungeahnten Blüthe gediehen sind, und durch welche es möglich gemacht ist, die Arbeiterlöhne auf allen Thätigkeitsgebieten zu erhöhen. In kluger Berechnung dieser Umstände unterließen es die Deutschfreisinnigen im Reichtage den Sozialdemokraten, sich mit Anträgen auf das Aufgeben eines großen Theiles unserer Wirthschaftspolitik in allen einsichtigen Kreisen lächerlich zu machen. Um so eifriger scheinen die Deutschfreisinnigen indessen dies Agitationsmittel in ihren eigenen Versammlungen anzuwenden, jedenfalls, weil sie sicher sind, hier mit überlegener Miene Gemeinplätze zu Dogmen „gesunder" Wirthschaftspolitik zu erheben, ohne eine Widerlegung zu erfahren. So hat erst kürzlich in einer solchen Gesellschaft der deutschfreisinnige Abgeordnete Herr Dr Barth seine Weisheit in dieser Hinsicht glänzen lassen, und dabei auch den Ausspruch gethan, daß die Verbilligerung der Konsumartikel wichtiger sei, als selbst die Erfüllung sämmtlicher letzten Forderungen der Sozialisten. Diese Aeußerung bringt das Berliner sozialdemokratische Organ gewaltig in Harnisch. Es erklärt diese Theorie für „liberalen Kleinkram" und hält ihr die Theorie des ehernen Lohngesetzes entgegen. Was man von der letzteren zu halten hat, wird wohl Jedem klar sein, der noch Augen hat zu sehen, wie der Standard of life der Arbeiter in den letzten Jahrzenten sich auf die Höhe geschwungen hat, die vordem kaum erhofft wurde, interessant ist es jedoch zu erfahren, daß die sozialdemokratische Presse das Vorgehen ihrer eigenen Abgeordneten, die doch nur das, was Herr Dr. Barth in einer freisinnigen Versammlung gesagt, im Reichstage ausgesprochen, mit Ausdrücken belegt, die wenig schmeichelhaft sind. Es wirft das, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß sozialdemokratische Presse und Abgeordnete in dieser Beziehung einer Ansicht sind, — was doch selbstverständlich ist — ein eigenthümliches Licht auf die Absichten, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten mit ihren Anträgen zum Zolltarif verfolgt haben. Da sie nach der sozialdemokratischen Presse der Ansicht sein müssen, daß die Verbilligung der Lebensmittel dem Arbeiter nichts hilft, so bleibt für ihr Auftreten nur die Erklärung, daß sie wie immer auch mit ihren Anträgen zum Zolltarif lediglich die Unzufriedenheit unter den Arbeitern schüren wollten. Es war das für Jeden, der die sozialdemokratische Agitation kennt, von vornherein klar, mit dem Verhalten des Berliner sozialdemokratischen Organs aber ist hierfür auch ein evidenter Beweis erbracht.

— Eine Aeußerung, welche Se. Majestät der Kaiser beim Diner beim Kriegsminister zu Herrn Oberbürgermeister Miquel gethan haben soll, hat in den letzten Tagen viel von sich reden gemacht, und es liefen darüber mehrere verschiedene Versionen um, die bisher sämmtlich für falsch erklärt worden sind. Jetzt schreiben die „Hamb. Nachr.":

Auf Grund zuverlässiger Informationen können wir versichern, daß der Kaiser nur eine Bemerkung über das Parteileben gemacht hat, welche mit seinen früheren Aeußerungen über das Kartell in sofern in Uebereinstimmung steht, als der Monarch dessen Zusammenstehen gegen die Umsturzelemente als einen Grund — neben anderen — zum Uebergang in ein den Verhältnissen besser entsprechendes Parteileben, als das bisherige, ansieht. In diesem Sinne kennt der Monarch nur zwei Parteien: eine monarchische Partei und eine antimonarchische Umsturzpartei.

— Wie ein Bielefelder Blatt der deutschfreisinnigen Partei erfährt, ist Herrn v. Hammerstein schon vor längerer Zeit von mehreren Konservativen das Mandat für Bielefeld-Wiedenbrück angetragen worden unter der Bedingung, daß er die Stimmen des Zentrums für sich gewinnt. Dagegen, daß Herr von Hammerstein als Kandidat des Zentrums auftritt, haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Konservative, welche ihm unter dieser Voraussetzung die Kandidatur angeboten, werden aber wohl nicht den Anspruch erheben, zum Kartell zu gehören.

(Nat.-Ztg.)

— Der Senioren-Konvent des Reichstages trat heute Vormittag zusammen und wurde dahin schlüssig, daß morgen, Freitag, die letzte Sitzung vor den Weihnachts-Ferien stattfinden soll. Auf der Tagesordnung werden die Anträge des Zentrums und der Deutschkonservativen auf Einführung des Befähigungs-Nachweises (zweite Lesung) gesetzt. Die erste Sitzung im neuen Jahre wird auf den 8. Januar k. Js. anberaumt.

— Der „Hamburger Korrespondent", der von Anfang an die Stellung der nationalliberalen Partei zu dem Ausweisungsparagraphen des Sozialistengesetzes bekämpft hat, giebt heute noch einmal seiner Mißbilligung aus Anlaß der Rede des Abg. Dr. Buhl auf dem nationalliberalen Parteitage zu Hannover einen scharfen Ausdruck. Der Beifall, welchen der Redner mit seinen Ausführungen gefunden hat, „nimmt das hamburgische Blatt einigermaßen Wunder": „Denn wir sind überzeugt, daß die nationalliberalen Wähler in diesem Falle keineswegs in ihrer Gesammtheit mit der Taktik der nationalliberalen Fraktion einverstanden sind. Der in einer solchen Versammlung kundgegebene Beifall hängt aber vielfach von Nebenumständen und von der obwaltenden allgemeinen Stimmung ab. Herr Dr. Buhl wird sich deshalb schwerlich im Reichstage ernsthaft auf diesen Beifall der hannoverschen Landesversammlung berufen dürfen. Beachtenswerth ist jedoch der Vorgang hauptsächlich deshalb, weil die nationalliberale Fraktion anscheinend absichtlich ihren Standpunkt durch Herrn Buhl noch weiter in Hannover hat festlegen lassen, obgleich ihn der Redner weder durch eigene neue Gründe, noch durch die Widerlegung der von der Reichsregierung vorgebrachten Argumente zu sichern vermochte. Ueberaus schwach war namentlich die Behauptung Dr. Buhls, in den großen Städten sei die Zahl der Agitatoren so groß, daß es gar nichts nütze, wenn nur einige von ihnen von der Ausweisung betroffen würden. Das ist gerade so zutreffend, als wenn man behaupten wollte, die Zahl der Vagabonden und Diebe sei in den großen Städten so bedeutend, daß es gar nichts nütze, diesen und jenen dingfest zu machen, wenn man sie nicht sofort ohne Ausnahme aufgreifen könne. Es wird mit solchen Behauptungen wahrlich nicht die Anschauung der Reichsregierung widerlegt, welche schon allein die Befugniß der Ausweisung, auch wo sie nicht angewendet wird, als Schreckmittel für sehr werthvoll erachtet."

— In der gestern Abend stattgehabten Generalversammlung des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen erklärte Abgeordneter Dr. Hammacher einem Berichterstatter: es sei ihm nicht eingefallen, im Foyer des Reichstags, wie mehrere Blätter gemeldet hatten, die Besorgniß zu äußern, daß der Streik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier nicht zu vermeiden sein werde. Er habe lediglich auf Befragen einigen Reichstagsmitgliedern gegenüber geäußert: Er halte den Frieden zwischen den Bergarbeitern und Grubenverwaltungen für noch nicht vollständig gesichert. Allein nach den ihm inzwischen zugegangenen Nachrichten zweifle er nun nicht mehr an der endgültigen Beilegung der Streitigkeiten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Dezember. Der königlich preußische Hofschauspieler Herr Adalbert Matkowsky absolvirt heute Freitag im Stadt-Theater sein leider nur einmaliges Gastspiel als Sigismund in Calderons dramatischem Gedicht „Das Leben ein Traum". Das Auftreten des bedeutungsvollen Künstlers verdient das vollste Interesse des Publikums, umsomehr, da die Preise nicht erhöht sind. Die erste Aufführung des Weihnachtsmärchens „Aschenbrödel" oder „Der gläserne Pantoffel" findet morgen, Sonnabend, statt. Die theilweise neue dekorative Ausstattung, eine Menge neuer Requisiten, der im

elektrischen Lichte erstrahlende, gläserne Pantoffel, der von 20 Kindern ausgeführte Gnomentanz und viele andere kostbare Ueberraschungen werden den großen und kleinen Kindern viel Vergnügen bereiten.

* Die Strafkammer I des hiesigen Landgerichts verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung gegen den früheren Schmiedemeister, jetzigen Gichtkettenfabrikant **Wilhelm Donnerstag**, früher in Stettin, jetzt in Alt-Damm wohnhaft, wegen Betruges. Der Angeklagte hatte im Oktober 1888 den ihm befreundeten Gastwirth Posener gebeten, in sein Geschäft als Kompagnon einzutreten und zu diesem Zwecke eine Summe von 1500 Mark an ihn zu zahlen, da dann in Folge des größeren Betriebskapitals bei weitem erheblichere Erfolge erzielt werden würden. Posener aber stand nicht sogleich soviel Geld zur Verfügung, zahlte in Folge dessen nur 300 Mk. ein und wollte durch Nachzahlungen allmälig die Summe auf 1500 Mark bringen Am 1. Oktober wurde ein Vertrag gemacht, nach welchem Donnerstag die volle Verantwortung des Geschäftes in jeder Hinsicht zu tragen habe, während Posener sich verpflichtete, 1500 Mark als Betriebsfonds seinerseits zu zahlen. Ferner bedingte man hierbei, daß Posener sein eingezahltes Geld anstandslos zurückziehen könnte, wenn das Geschäft in einem Jahre nicht mindestens 3000 Mk. abwerfe. Letzteres geschah im Oktober 1889, da das Geschäft die gewünschten Erfolge nach der Ansicht des P. nicht erreicht haben soll. P. hatte aber auch unterlassen, nach den eingezahlten 300 Mark weitere Beiträge beizusteuern. In der gestrigen Verhandlung gab P. an, daß diese Summe von dem Donnerstag bei seinem Austritt aus dem Geschäft ihm nicht zurückgezahlt sei, ja daß er sogar Rechnungen der Firma in Höhe von mindestens noch 1500 Mark habe begleichen müssen. Donnerstag will nun dieses Geld auch wirklich in Geschäftsutensilien und Werkzeugen gesteckt haben und da ihm das Gegentheil nicht zu beweisen war, mußte der Gerichtshof auf Freisprechung erkennen.

* Gestern Abend 8 Uhr fand im Lokale des Herrn Rohrer (alte Liedertafel) eine Versammlung des allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Stettin und Umgegend statt, welche von ungefähr 400 Personen besucht und die lediglich dazu anberaumt war, eine Regulirung der Angelegenheiten der Arbeiter der Firma **B. Stöwer** herbeizuführen. Zunächst wurde über die Veranlassung zum Streik debattirt und dabei betont, daß seit dem 31jährigen Besteh'n der Stöwerschen Nähmaschinenfabrik stets ein gutes Einvernehmen zwischen dem Chef und den Arbeitern bestanden habe. Der vorgestern begonnene Streik ist dadurch entstanden, daß ein Arbeiter entlassen werden sollte, doch gaben verschiedene Redner in der Versammlung zu, daß derselbe sich nicht ganz vorschriftsmäßig betragen und eine geringe Strafe verdient habe; die Entlassung hielt die Versammlung jedoch für zu hart. Die Verhandlungen mit dem Besitzer der Fabrik, welche auf Wiedereinstellung des Arbeiters hinzielten, seien resultatlos verlaufen und deshalb sei in den Streik eingetreten worden, nur einige ältere Arbeiter hätten sich von dem Streik ausgeschlossen. Von den in der gestrigen Versammlung auftretenden Rednern mochten viele zu Beilegung des Streiks, da derselbe zwecklos erscheine und so kurz vor dem Weihnachtsfeste nur Noth in viele Familien brächte; dagegen fehlte es auch nicht an Rednern welche für Fortsetzung des Streiks eintraten. Schließlich wurde beschlossen, die Vertreter der Arbeiter nochmals zur Unterhandlungen mit dem Chef zu beauftragen und sollten diese Verhandlungen dahin führen, daß der Besitzer der Fabrik sich verpflichtet, den maßgeregelten Arbeiter vom 2. Januar 1890 wieder in Arbeit zu nehmen, so soll der Streik beendet sein.

— Der General Ristow-Pascha ist gestern hier wieder eingetroffen und wird noch einige Tage in unserer Stadt verweilen.

— Dem Pastor **Lüdicke** zu Boldekow im Kreise Anklam ist der Rothe Adlerorden vierter Klasse verliehen.

— Der Kataster-Assistent **Geccelli** zu Köslin ist zum Kataster-Kontrolleur in Berkum bestellt worden.

— Der 7. Kongreß der Wollproduzenten Pommerns, Mecklenburgs und der Uckermark wird am Sonnabend, den 4. Januar 1890, in Stralsund im Hotel „Zum goldenen Löwen" abgehalten werden. Zu einem Vortrage: „Ueber die Klauenseuche der Schafe und über die Abwehr und Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche in Deutschland" ist Dr. Eggeling-Berlin, Professor an der königl. thierärztlichen Hochschule daselbst, gewonnen worden.

— Mehrere Verurtheilungen von Standesbeamten, welche Ehen von Minderjährigen ohne obervormundschaftliche Genehmigung geschlossen haben, geben den Landräthen Anlaß, die Standesämter ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß nach der bisherigen Rechtsprechung der Gerichte die Einwilligung des Vormundes allein zur Verehelichung des Mündels nicht ausreicht, daß vielmehr in jedem Falle die Zustimmung des die Vormundschaft führenden Amtsgerichts vor der Eheschließung beizubringen ist.

— Zur Vermeidung von Unglücksfällen, wie solche durch Herabstürzen der Kirchenglocken und Klöppel herbeigeführt worden sind, soll auf Anordnung des Ministers die Verwendung von Schulkindern zum Läuten der Glocken thunlichst beseitigt werden. Die Regierung zu Breslau hat schon eine Verfügung erlassen, wonach jede mittelbare oder unmittelbare Einwirkung der Lehrer auf die Kinder, wodurch sich letztere zur Uebernahme des Glockenläutens veranlaßt sehen könnten, zu unterbleiben habe.

Sitzung der Stadtverordneten

vom 12. Dezember.

Der wichtigste Gegenstand der heutigen Tagesordnung war die Vorlage betreffend die **Erhebung einer prozentualen Abgabe von den drei Kirchhofs-Inspektoren aus den Reineinnahmen der Grabpflege** 2c. Wir haben bereits vor einigen Tagen in einem besonderen Artikel ausführliche Mittheilungen über die Vorverhandlungen in dieser Angelegenheit gebracht und unsere Leser haben daraus ersehen, daß die städtischen Behörden und mit ihnen die ganze Bevölkerung darin einig sind, daß das Einkommen der Inspektoren der Begräbnißplätze an der Apfelallee, an der Grabowerstraße und in Nemitz ein zu hohes sei und in dem Verhältniß derselben zur Stadt eine Aenderung eintreten müsse. Aber wie diese Aenderung geschaffen werden soll, darüber sind sich die Väter der Stadt noch nicht einig und die heutige 2 Stunden währende Debatte in dieser Angelegenheit hat wenig dazu beigetragen, eine Klärung herbeizuführen. Wie wir in unserem letzten Artikel hervorhoben, lagen dazu bereits 3 verschiedene Vorschläge zur Aenderung der Sache vor — vom Magistrat, von einer Stadtverordneten-Kommission und von der Oekonomie-Deputation. Heute wurden diese Vorschläge zwar von verschiedenen Rednern wieder vertreten, aber es meldeten sich außerdem noch viele Andere zum Wort und jeder der Redner hatte über die Sache seine Spezial-Idee, die er wieder in einem Spezial-Antrage zum Ausdruck brachte, der Eine entwickelte die Angelegenheit vom ethischen, der Andere vom finanziellen Standpunkte und schließlich lagen so viele Anträge vor, daß es schwer werden mußte, aus denselben herauszufinden. Da gab Herr **Kurz** dem Gefühl, welches wohl Alle beschlich, Ausdruck, indem er seine Ansicht dahin aussprach, daß die Vorlage noch einer weiteren Vorberathung im engeren Kreise bedürfe und er beantragte deshalb, die Vorlage nochmals an eine Kommission zu verweisen, und obwohl sich noch einige Redner gemeldet hatten, welche wohl noch mehrere Spezial-Anträge zu Tage gefördert hätten, so war es doch für die Versammlung eine sichtliche Erleichterung, daß von Herrn Jonas Schluß der Debatte beantragt wurde. Sowohl dieser Schlußantrag wie der Antrag des Herrn Kurz auf Verweisung an eine Kommission wurden demnächst angenommen und damit ist die Angelegenheit des Einkommens der Kirchhofs-Inspektoren wieder für einige Zeit zu Grabe getragen. Wir bezweifeln, daß dieselbe bei ihrer Auferstehung im nächsten oder darauf folgenden Jahre mehr Klarheit bringen wird.

Von den übrigen Gegenständen der Tagesordnung waren nur wenige von größerem Interesse. Herr **Stadtrath Georg Schultz** hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt und ist in Folge dessen eine Neuwahl nothwendig. Die Vorbereitung derselben wird derselben Kommission übergeben, welche bereits mit der Vorbereitung der Neuwahl des ausgeschiedenen Herrn Stadtrath Meister betraut ist, diese Kommission besteht aus den Herren **Greffrath, Wächter, Kettner, Setzke** und **Bürkner**

Ferner läuft Ende Juni 1890 die Amtsperiode des Herrn **Stadtrath Dräger** ab, die Vorbereitung der Neuwahl wird einer Kommission von 7 Mitgliedern überwiesen, und schlägt das Bureau zu Mitgliedern derselben die Herren **Greffrath, Hofrichter,** Dr. **Dohrn, Masche, Wächter, Schilbach** und Dr. **Scharlau** vor. Von Herrn Stadtrath Dräger ist ein Schreiben an die Versammlung eingegangen, worin derselbe aus Gesundheitsrücksichten bittet, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen.

Von den Vorständen der Ortsverbände Stettin-Bredow ist ein Schreiben eingegangen, worin dieselben von der Resolution Mittheilung machen, welche in der Versammlung der hiesigen Ortsvereine am 1. Dezember beschlossen wurde und durch welche die städtischen Behörden um baldige Einführung gewerblicher Schiedsgerichte und Einigungsämter ersucht werden. Das Schreiben wird dem Magistrat zur Rückäußerung überwiesen.

Zu Mitgliedern der Oekonomie-Deputation werden die Herren Marlow als Stadtverordnetenmitglied und Herr Zimmermeister Leo Wolff als Bürgermitglied gewählt. — Zu Schiedsmännern für etwa vorkommende Schätzungen bei Viehseuchen werden die Herren Viehhalter Clausen, Viehhalter Ekert, Ackerbürger Janott und Fleischermeister Tamm gewählt.

Im Anschluß an eine in der letzten Stadtverordnetenversammlung in geheimer Sitzung berathene Vorlage wurde beschlossen, die am Kuhbruch belegene Balzer u. Schumacher'sche Wiese an die Militärverwaltung und Herrn Direktor Lenz zu verkaufen unter der Bedingung, daß die Militärverwaltung den Kuhdamm auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten und den daneben belegenen Graben zu überbrücken hat, auch Herrn Direktor Lenz keinerlei Anspruch mehr an die Stadt zusteht.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren ohne erhebliches Interesse und wurden den Vorlagen gemäß erledigt. Es folgte noch eine geheime Sitzung, in welcher dem aus seinem Amte scheidenden Herrn Stadtrath Schultz das Prädikat „Stadtältester" verliehen wird.

Aus den Provinzen.

♃ **Greifenberg**, 11. Dezember. Uebermorgen, Freitag, Abends, wird der Leseverein des Gymnasiums im Lipke'schen Saale Scenen aus dem Devrient'schen Lutherfestspiel aufführen, und dabei von dem Gymnasialchor durch Gesangseinlagen unterstützt werden. Der Reinertrag dieser Aufführung soll zu Schulzwecken Verwendung finden. — Im Auftrage der königlichen Regierung fand in der letzten Woche durch einen Gewerberath eine eingehende Besichtigung sämmtlicher Kommunalgebäude, Gymnasialgebäude, Schulhäuser 2c. statt, die auf ihre Einrichtung hin genau besichtigt wurden. Auch andere öffentliche Gebäude wurden besichtigt und sich über deren Benutzung und Rentabilität genau informirt, auch Rathschläge über bessere Einrichtungen ertheilt und auf einige Industriezweige hingewiesen, die hier einzuführen seien. — Der Bau einer Brücke über die Rega in der Nähe des Dorfes Bornthin, der von den betheiligten Ortschaften schon seit längerer Zeit verfolgt wird, scheint nun doch Aussicht auf Erfolg zu haben, denn es wird uns mitgetheilt, daß jetzt ein Kostenanschlag aufgestellt wird und sich auch der Staat jetzt dafür interessirt, daher denn die Sache jedenfalls noch einmal im Kreistage zur Verhandlung kommen wird. — Gestern fand in der Schußaffaire des Oekonomen B. hier gegen den Dr. W, wovon Ihnen zu Beginn der Hühnerjagd Mittheilung machte, Lokaltermin auf dem Jagdfelde statt, zu welchem außer den Gerichtspersonen eine Anzahl Zeugen und Sachverständige geladen waren.

♂ **Bütow**, 11. Dezember. Von Seiten des Vorstandes des hiesigen Darlehnskassenvereins ist eine Generalversammlung der Mitglieder auf Sonnabend, den 14. d. M., im Hoffmann'schen Saale anberaumt. Zur Beschlußfassung gelangen folgende Gegenstände: Abänderung sämmtlicher Paragraphen der seitherigen Vereinsstatuten und Annahme neuer auf Grund des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889. Wahl bezw. Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder sowie sämmtlicher Ausschußmitglieder. — Ende voriger Woche brannte die Schneidemühle des Herrn Mühlenbesitzers Turban hierselbst total nieder. Dieselbe war erst in Folge Abbrands im vorigen Jahre neu aufgebaut. Das Feuer brach Nachts 2 Uhr aus und ist die Entstehungsursache vollständig unbekannt. Der Verlust ist erheblich.

Bankwesen.

Hamburger Straßenbahn-Prioritäten Em. 1 bis 3. Die nächste Ziehung findet am 31. Dezember statt. Gegen den Koursverlust von ca. 3 Prozent bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus **Karl Neuburger**, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 17 Pfg. pro 100 Mark.

Börsen-Berichte.

Posen, 12. Dezember. **Spiritus** loko ohne Faß 50er 49,40, do. loko ohne Faß 70er 29,90. Kündigung —,— Liter. Matt. — Wetter: Sehr schön.

Magdeburg, 12. Dezember. **Zuckerbericht.** Kornzucker excl., von 92 Prozent 16,00. Kornzucker excl., 88 Prozent 15,30, Nachprodukte excl 75° f. Rendem. 12,80. Behauptet. ff. Brodraffinade —,—, f. Brodraffinade —,—. Gem. Raffinade II. mit Faß 28,00. Gem. Melis I. mit Faß 25,50. Ruhig. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Dezember 11,80 bez. u B., per Januar 11,90 bez., per März 12,10 bez., 12,15 Br., per Mai 12,30 bez., 12.35 B. — Schwach behauptet.

Köln, 12. Dezember, Nachm. 1 Uhr. **Getreidemarkt. Weizen** hiesiger loko 19,50, do. fremder loko 21,00, do. per März 20,50, per Mai 20,70. **Roggen** hiesiger loko 17,00, fremder loko 18,50, per März 17,65, per Mai 17,75. **Hafer** hiesiger loko 15,25, fremder 16,50. **Rüböl** loko 77,00, per Mai 1890 68,40.

Hamburg, 12. Dezember, 12 Uhr 26 Min. Nachm. (Telegramm von Lassally u. Sohn in Hamburg.) **Kaffee-Termin-Markt.** Dezember 86,75, März 84,00, September 83,00. Stetig.

Hamburg, 12. Dezember, Vormittags 11 Uhr. **Kaffee.** (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 87,00, per März 1890 84,00, per Mai 83,75, per September 82,75. Behauptet.

Hamburg, 12. Dezember, Vormittags 11 Uhr. **Zuckermarkt.** (Vormittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per Dezember 11,75, per März 12,17½, per Mai 12,40, per Juli 12,57½. Lustlos.

Paris, 12. Dezember. **Anfangsbericht. Mehl** behauptet, per Dezbr. 52,80, per Januar 52,60, per Januar-April 52,80, per März-Juni 53,60. — **Spiritus** ruhig, per Dezember 36,00, per Januar 36,70, per Januar-April 37,50, per Mai-August 39,20. — Wetter: Nebel.

Havre, 12. Dezember, Vormittags 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) **Kaffee** in Newyork schloß mit 15 Point Hausse.

Rio 5000 Sack, Santos 10,000 Sack, Recettes für gestern.

Havre, 12. Dezember, Vormittags 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) **Kaffee** good average Santos per Dezember 105,50, per März 104,00, per Mai 104,00. Fest.

Liverpool, 12. Dezember. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Tagesimport 27,000 Ballen. Mäßige Nachfrage.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 12. Dezember. Gestern fand in Püttlingen (fiskalisches Saarrevier) eine Versammlung von 600 Bergleuten statt, in welcher der Streik für heute beschlossen wurde. Der Oberpräsident der Rheinprovinz versucht eine Verständigung herbeizuführen.

Wiesbaden, 12. Dezember. Die Frage des Theaterbaues, welche bis jetzt immer noch der kaiserlichen Entscheidung betreffs der Wahl des Bauplatzes harrte, ist anläßlich der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers in Frankfurt entschieden worden.

Wien, 12. Dezember. Derschatta interpellirt namens der „Deutschnationalen Vereinigung" den Minister-Präsidenten wegen der Auflösung des „Vereins deutscher Studenten aus Böhmen" in Graz, weil im Vereinslokale die Bildnisse der Kaiser Wilhelm und Friedrich, Bismarck's und Moltke's und eine Ansicht des Niederwald-Denkmals angebracht waren. Die Grazer Statthalterei bezeichnete diesen Wandschmuck als politische Kundgebung, welche eine Ueberschreitung der Statuten bedinge. Derschetta fragte, ob das Ministerium diesen politischen Gesichtspunkt des steiermärkischen Statthalters theile, und wenn dieses der Fall sei, wie Graf Taaffe diese Auffassung mit den bestehenden Gesetzen und dem deutsch-österreichischen Bündnisse in Einklang bringe, und ob der Minister, falls er anderer Ansicht sei, derartige Vorfälle für die Zukunft unmöglich machen wolle?

Wien, 12. Dezember. Nach einer Meldung der Presse hat die Mission des japanischen Prinzen Arisugawa Takehito einen handelspolitischen Zweck. Die japanische Regierung beabsichtige, den fremden Staaten sämmtliche Landeshäfen zu öffnen, den Einfuhrzoll auf 12 Prozent des Werthes zu erhöhen und Vorschläge für die Austragung von Streitigkeiten zwischen Japanern und Ausländern zu machen. Statt der bisherigen Konsularämter soll der oberste Gerichtshof in Japan als zuständiges Forum eingesetzt werden und in demselben europäische Beisitzer die Majorität haben. Diesbezüglich schweben angeblich Verhandlungen mit den einzelnen Staaten.

Brüssel, 12. Dezember. Kaiser Dom Pedro wird nach kurzem Aufenthalt in Cannes dauernd in Barcelona Wohnung nehmen. Dem „Temps" zufolge enstand ein Zwist zwischen Dom Pedro und dem Grafen von Eu.

Lissabon, 12. Dezember. Die Kaiserin von Brasilien empfing gestern eine Depesche aus Rio de Janeiro, in welcher ihr mitgetheilt wird, daß alle ihre Juwelen, darunter die schönsten brasilianischen Diamanten, gestohlen worden seien.

London, 12. Dezember. Es verlautet nunmehr auch hier ziemlich bestimmt, daß zwischen Armeniern und türkischen Truppen in der Provinz Sossum ein Kampf stattgefunden habe.

London, 12. Dezember. Nach Ansicht des mit brasilianischen Verhältnissen genau vertrauten Korrespondenten der „Times" in Rio de Janeiro dürfte die jetzige Diktatur mindestens neun Monate dauern und erst nach Ablauf dieser Zeit werden die Wahlen in allen Provinzen Brasiliens durchgeführt und die gesetzlich gewählten Behörden funktioniren können.

London, 12. Dezember. Das Exekutiv-Komitee der vereinigten Kohlen-Lader und Träger hat gestern Abend bekannt gemacht, daß auf Grund einer gestern Nachmittag mit den hauptsächlichsten Kohlenhändlern Londons abgehaltenen Besprechung die Annahme eines wirksamen Vergleiches wahrscheinlich sei, dessen Ergebniß die Beschränkung des Streiks der Kohlen-Lader auf die Boycottirung der South-Metropolitan-Gas-Company sein werde.

Petersburg, 12. Dezember. Die „Nowoje Wremja" erfährt aus Belgrad, daß die dortigen Behörden russischen Hausirern Schwierigkeiten in den Weg legen. Das Blatt drückt sein Befremden über diese Haltung der serbischen Organe aus und regt mit Hinweis auf solche Verkommnisse den Abschluß einer Handelskonvention zwischen Rußland und Serbien an.

Bukarest, 12. Dezember. Die rumänischen Zollbehörden sind mittels Rundschreibens beauftragt worden, Waaren, welche in der Schweiz einfach naturalisirt worden sind, aber nicht schweizerischen Ursprunges sind, nach dem autonomen Generaltarif zu behandeln. Diese Maßnahme ist deshalb für nothwendig erachtet worden, weil die Industriellen anderer Länder ihre für Rumänien bestimmten Erzeugnisse über die Schweiz gehen lassen, um aus dem Konventional-Tarif Nutzen zu gehen.

Konstantinopel, 12. Dezember. Der auf die Amnestie für Kreta bezügliche Passus des kaiserlichen Fermans lautet: Diese Amnestie wird für alle politischen Verbrecher erlassen Ausgenommen von derselben sind indessen die vom Kriegsgerichte bis zur Veröffentlichung des Fermans Verurtheilten, ferner die Führer, welche die Unruhen anfachten, und endlich Individuen, die sich eines gemeinen Verbrechens schuldig machten.

Kairo, 12. Dezember. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die egyptische Regierung hat beschlossen, in ganz Egypten die Frohnarbeit abzuschaffen und die Kosten der bisher durch Frohndienste geleisteten Arbeit durch eine Grundsteuer zu decken. Trotzdem hat die Regierung das französische Kabinet davon verständigt, daß, wenn dasselbe in die Konversion der egyptischen privilegirten Schuld einwillige, sie die Abschaffung der Frohnarbeit ohne Erhöhung der Grundsteuer vornehmen wolle, da die Kosten der Abschaffung durch die Ersparnisse gedeckt würden, welche durch die Konversion zu erzielen wären. Die Abschaffung der Frohndienste wird der Landbevölkerung große Erleichterungen gewähren. Man hofft daher, daß Frankreich in die Konversion einwilligen und dadurch die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Grundsteuer beseitigen werde.

Sansibar, 12. Dezember. (Telegramm des „Reuterschen Bureau".) Von Seiten der Direktoren der „British India Dampfschifffahrts-Gesellschaft" wurde anläßlich der Eröffnung eines neuen direkten Dampferdienstes zwischen England und Ostafrika gestern an Bord des „Arawatta" dem Afrikaforscher Stanley und dem englischen Generalkonsul Evan Smith ein Frühstück gegeben. Hierbei wurde ein Toast ausgebracht auf Stanley, Emin Pascha und Casati, welchen Stanley in längerer Rede beantwortete. Sodann trank der Konsul Evan Smith auf Major Wissmann und sämmtliche Deutsche in Ostafrika und dankte denselben für den glänzenden Empfang Stanley's und alle den Engländern bewiesene Freundlichkeit

Newyork, 12. Dezember. Bei dem in Folge blinden Feuerlärms bei der Opernvorstellung in Johnstown stattgehabten Unglück wurden 10 Personen getödtet, 5 andere sind ihren Wunden erlegen, gegen 80 Personen erlitten Kontusionen und nervöse Störungen.

New Orleans, 12. Dezember. Heute fand die Beisetzung der Leiche Jefferson Davis statt. In der Stadt sind fast alle Gebäude mit Ausnahme der Dienstgebäude schwarz drapirt. Alle öffentlichen und staatlichen Bureaus sind geschlossen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 12. Dezember. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde die Vorlage des Magistrats wegen Niederlegung der Schloßfreiheit nach den bereits bekannten Anträgen der Stadtverordneten Meyer und Genossen, wodurch die auf eine Lotterie sowie unter Mitwirkung der Stadtgemeinde bei der Niederlegung der Schloßfreiheit bezüglichen Stellen des Magistratsantrags beseitigt werden, mit 70 gegen 28 Stimmen angenommen.

Essen a. d. Ruhr, 12. Dezember. Die Vertrauensmänner der nationalen Partei (vereinigte Nationalliberale und Konservative) des hiesigen Reichstagswahlkreises beschlossen, laut der „Rhein.-Westf. Ztg." in der gestern abgehaltenen Versammlung: In Erwägung, daß die heutige wirthschaftliche Bewegung innerhalb weiter Kreise der Arbeiterbevölkerung des Wahlkreises von den gegnerischen politischen Parteien zur Stärkung ihres Parteieinflusses mißbraucht worden ist, und daß der nationalen Partei im Interesse des gesammten Vaterlandes vor Allem daran liegen muß, Beruhigung innerhalb dieser Kreise hervorzurufen, für die bevorstehende Reichstagswahl sich der Wahl zu enthalten.

Dortmund, 12. Dezember. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge haben nunmehr sämmtliche Zechenverwaltungen der einzelnen Reviere des Oberbergamtsbezirks in besonderen Zusammenkünften auch formell den Beschluß des Vorstandes des Bergbaulichen Vereins, betreffend die Aufhebung der „Sperre", als bindend anerkannt. Die volle Freizügigkeit ist überall wieder hergestellt, und die bisher außer Beschäftigung befindlichen Bergleute sind, soweit sie sich gemeldet, sämmtlich wieder entweder auf fremden oder auf ihren früheren Zechen zur Arbeit angenommen. Auch den Bergleuten Bunte und Siegel ist von den sie früher beschäftigenden Zechen Wiederanstellung frei gestellt worden. Beide ziehen es jedoch vorläufig vor, nicht wieder in die Grube einzufahren.

London, 12 Dezember. Der Ausstand der Heizer der Süd Metropolitan-Gas-Gesellschaft hat heute Nachmittag 2 Uhr mit der Arbeitseinstellung der Tagesarbeiter seinen Anfang genommen, ein anderer Theil der Arbeiter wird heute Abend 10 Uhr, der dritte Theil morgen früh 6 Uhr die Arbeit niederlegen. Der Streik ist damit in vollem Zuge. Die Direktoren der Gesellschaft erklären, daß sie genügend Arbeiter haben, um die Streikenden zu ersetzen, und daß sie alle Vorkehrungen getroffen hätten, um zu verhindern, daß die feiernden Arbeiter die arbeitenden belästigen. Eine Konferenz zwischen Kohlenhändlern und Vertretern der Kohlenlader, welche heute Nachmittag im Mansion-House abgehalten wurde, hatte ein sehr freundschaftliches Uebereinkommen zum Ergebniß, nach welchem der allgemeine Ausstand der Kohlenlader auf alle Fälle ausgeschlossen ist. Immerhin werden die Kohlenlader nicht für die Süd-Metropolitan-Gas-Gesellschaft arbeiten, bevor dieselbe die Forderungen der Heizer bewilligt hat.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 12. Dezember, — 1,48 Meter, bei Magdeburg, 11. Dezember, + 1,04 Meter. — **Unstrut** bei Straußfurt, 11. Dezember, + 0,85 Meter. — **Oder** bei Breslau am 11. Dezember, Oberpegel + 4,83 Meter, Unterpegel — 0,28 Meter. — **Weichsel** bei Warschau am 10. Dezember + 0,73 Meter. — **Weichsel** bei Thorn am 10. Dezember + 0,10 Meter. — **Warthe** bei Posen, 10. Dezember + 0,84 Meter. — **Netze** bei Usch, 10. Dezember, + 0,10 Meter.

Wetteraussichten

für Freitag, den 12. Dezember 1889.

Ein wenig kälteres, zeitweise heiteres, vielfach nebliges oder wolkiges Wetter mit schwachen westlichen Winden.

Berlin, den 12 Dezember 1889.

Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.

Deutsche R.-Anl.	4%	106,70 bB	Schl.-Hlst.-Pfdb.	3½%	—,—
do. do.	3½%	102,80 b	Westfälisch. do.	4%	—,—
Pr. Consol. Anl.	4%	105,80 bB	do. do.	3½%	—,—
do. do.	3½%	102,90 b	Westpr. ritterſch	3½%	10[illegible],30 B
Preuß. St.-Anl.	4%	101,60 B	Hannover. Rtbr.	4%	103,50 B
do. do.	4%	—,—	Hess.-Nass. do.	4%	—,—
Pr. Staatsschuld.	3½%	100,20 b	Kur- u. Neumärk.	4%	103,90 B
Berl. Stadt-Obl.	4%	10[illegible],50 bG	Lauenburg. Rtbr.	4%	103,50 b
do. do.	3½%	100,30 bG	Pommersche do.	4%	104,20 b
do. do. neue	3½%	101,50 b	Posensche do.	4%	103,90 G
Westpr. Pr.-Obl.	3½%	100,50 B	Preußische do.	4%	103,70 G
Berliner Pfdbr.	5%	119,50 G	Rh. u. Westf. do.	4%	104,50 G
do. do.	4½	111 90 bG	Sächsische do.	4%	103,70 b
do. do.	4%	107,50 b	Schlesische do.	4%	103,80 G
do. do.	3½%	101,70 b	Schl. Holst. do.	4%	103,60 b
Kur- u. Neumärk.	3½%	10[illegible] b	Badische 4% Eisenbahn-Anleihe	4%	—,—
do. neue	3½%	100,90 bG	Bayerische Anl.	4%	—,—
do.	4%	102,50 G	Hamburg Staats-Anleihe v. 1886	3%	92,50 b
Landsch. C.-Pfdbr.	4%	102,50 b	Hamburg. Rente	3½%	102,10 b
do.	3½%	100,70 b	do. amort. Staats-Anleihe	3½%	100,60 G
do.	3%	91,40 b	Pr. Präm.-Anl.	3½%	156,75 G
Ostpreuß. Pfdbr.	3½%	100,10 bG	Bayer. Präm.-Anl.	4%	145,75 b
Pommersche do.	3½%	100,80 bB	Cöln-Mind. Pr.-A.	3½%	139,10 b
do. do	4%	100,10 b	Meininger 7 Guld.-Loose	. . . .	28,50 b
Posensche do.	4%	101,10 b			
do. do.	3½	99,75 b			
Sächsische do.	4%	—,—			
Schl.-Holst. Pfdbr.	4%	—,—			

Fremde Fonds.

Aegyptische Anl.	4½%	—,—B	Rum. St.-A. Obl.	5%	102,00 b
do. do.	5%	103,75 b	do. do. amortis.	5%	96,90 b
Argentische Anl	5%	90,60 b	Russ. co. Anl. 1871	5%	—,—
Bukarest. Stadt-A.	5%	95,90 b	do. do. 1872	5%	—,—
Buen.-Aires-Gld.-Anleihe	5%	91,25 b	do. do. 1880	4%	93,10 bG
Italienische Rente	5%	94,10 b	do. do. 1887	4%	—,—
Newy. Stadt-Anl.	7%	—,—	do. Goldrente	6%	113,75 G
do. do.	6%	—,—	do. do. 1884 (Stp.)	5%	102,40 G
Mexican. Anleihe	6%	96,50 b	do. (2. Orient) 1878	5%	66,50 b
do. do. 20 L. St.	6%	97,00 b	do. Präm.-A. 1864	5%	171,10 G
Oesterr. Gold-R.	4%	93,50 bB	do. do. 1866	5%	—,—
do. Papier-R.	4⅕%	74,40 B	do. Bodencr. neue	4½%	98,25 bB
do. do.	5%	87,10 b	Serb. Gold-Pfdbr.	5%	87,60 G
Oesterr. Silb.-R.	4⅕%	74,50 bB	do. Rente	5%	84,25 bG
Oest. 250 fl 1854	4%	—,—	do. do. neue	5%	84,60 bG
do. Kred. 100 1858	4%	—,—	Ungarische Gold-Rente	4%	87,50 b
do 1860er Loose	5%	123,60 b	Ungarische Papier-Rente	5%	84 80 b
do. 1864er Loose	—	306,90 b			
Rum. St.-A. Obl.	6%	106,95 b			

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Eutin-Lübeck	4%	42,50 bG	Dux-Bodenbach	4%	206,00 b
Gr. Krf. Guterb.	4%	[illegible]	Gal. Carl-Lud.	4%	80,40 b
Lübeck-Büchen	4%	188,25 bG	Gotthardbahn	4%	173,60 bB
Mainz-Ludwigh	4%	122,60 b	It. Mittelm.-B.	4%	115,60 b
Marb.-Mlawka	4%	59,10 b	Kursk-Kiew.	5%	—,—
Meckl. Fr.-Franz	4%	157,25 b	Moskau-Brest	3%	63,90 b
Niederschl. Märk. Staats-Bahn	4%	100,80 b	Oestr. Frz.-Stsb.	4%	—,—
Ostpr. Südbahn	4%	89,25 b	do. Nordwb.	5%	—,—
Saalbahn	4%	47,90 bG	do. Lit. B. Elbth.	4%	92,60 G
Stargard-Posen	4½%	103,89 b	Südöst. (Lomb.)	4%	56,60 b
Amsterd.-Rotterd.	4%	—,—	Warschau-Ter.	5%	99,40 b
Baltische Eis.	3%	65,00 bG	do. Wien	4%	19[illegible],25 B

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Altdamm-Colberg	4½%	113,1[illegible] b
Marb.-Mlawka	5%	114,1[illegible] G
Ostpreußische Südbahn	5%	115,5[illegible] b

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Bergisch-Märkisch 5., 7., 8.	4%	101,60 bG	Charkow-Asow g.	5%	—,—
Berl.-Anh. Lit. C.	4%	101,90 G	do. in Livr. Sterl.	5%	—,—
Berl.-Görl. Lit. B.	4%	102,00 G	Chark.-Krementsch g.	5%	96,75 b
Berl.-Hamb. 1. Emission	4%	102,30 G	do. do. Livr. St.	5%	101.75 b
Brl.-Pd.-Mgd. A C	4%	—,—	Gr. Russ. Eisenb. g.	3%	—,—
Berl.-Stett.	4%	101,90 G	Jelez-Orel gar.	5%	—,—
Brsl.-Schweidn.-Freib.	4%	102,00 G	Jelez-Woronesch g.	5%	—,—
Cöln-Mind. 6. Em.	4%	101,90 G	Iwangorod-Dombr. gar.	4½%	97,70 bB
do. 7. Em.	4%	101,60 G	Kozlow-Woronesch gar.	5%	—,—
Magd.-Halbst. 73	4%	101,60 bG	Kursk-Charkow g.	5%	—,—
do. Leipzig Lit. A.	4%	101,90 G	do. Chark.-Asow Oblig.	4%	89,70 b
do. Lit. B.	4%	101,60 bG	Kursk-Kiew gar.	4%	90 30 b
Oberschles. Lit. B.	3½%	—,—	Losowo-Sewastop.	5%	96,50 b
do. Lit. D.	4%	102,00 G	Mosco-Rjäsan	4%	91,75 G
do. Em. v. 1880	4½%	102,00 G	do. Smolensk. g.	5%	100,20 b
Saalbahn	3½%	—,—	Orel-Griasy (Oblig.)	5%	— —
Gal. Carl-Ludw. g.	4½%	85 30 G	Rjäsan-Kozlow g.	4%	90,10 b
Gotthardb. 4. Ser.	5%	105,50 b	Rjäschk-Morczansk gar.	5%	99,75 bG
do. conv.	4%	103,50 B	Rybinsk-Bologoye	5%	91,80 b
Kronprinz-Rudolfbahn	4%	80,70 G	Schuja-Iwanowo gar.	5%	99,90 b
Kronprinz-Salzkammergut	4%	100,70 G	Russ. Südwestbahn gar.	4%	91,40 G
Oest. Franz-Stb. alte gar.	3%	83,10 G	Transkaukasisch. g.	3%	75,10 b
Oest. Franz-Stb. 1874 gar.	3%	80,90 G	Warschau-Teres-pol	5%	163,70 B
Oest. Ergänzungsnetz gar.	3%	86,30 b	Warschau-Wien 2. Emission	5%	101.50 b
Oest. Franz-Stsb.	5%	105,50 b	Wladikawkas gar.	4%	90,00 bG
do. do. Gold-Pr.	4%	100,80 b	Zarskoe-Selo	5%	88,75 G
Südöst. Bahn (Lomb.)	3%	63,25 bB	Northern Pacific II.	6%	110 10 b
Ungarische Ostb. I (Staats-bl.)	5%	86,10 bG	Oregon Railway Nav.	5%	101 75 bG
do. do. II	5%	99,90 G			
Brest-Grajewo	5%	97,00 B			

Hypotheken-Certificate.

Dtsch. Grund-Pfd. 3. abg.	3½%	100,00 bG	Pr. B.-Cr. unkundb. (rz. 115)	4½%	114,75 G
Dtsch. Grund-Pfd. 4. abg.	3½%	99,90 G	do. do. (rz. 100)	4%	101,50 B
Dtsch. Grund-Pfd. 5. abg.	3½%	96,00 G	Pr. Centrb. fdb. (rz. 110)	5%	—,—
Dtsch. Grundsch.-Real-Oblig.	4%	101,00 bG	do. do. (rz. 110)	4½%	—,—
Dtsch. Hp.-B.-Pf. 4. 5. 6.	5%	110,00 G	do. do. (rz. 100)	4%	101,50 G
do. do. do.	4%	101,10 bG	do. do.	3½%	98,10 b
do. do. conv.	4%	101,10 bG	do. do. Com. Obl.	3½%	98,10 b
Hamb. Hyp. Pfdb. (rz. 100)	4½	105,25 bG	Pr. Hyp.-A.-B. 1. (rz. 120)	4½%	—,—
do. do. do.	3½	98,00 b	do. do. 6. (rz. 110)	5%	111,25 G
Pomm. Hyp.-B. 1. (rz. 120)	5%	100,25 G	do. do. div. Ser. (rz. 100)	4%	101,20 bG
Pomm. 2. u. 4. (rz. 110)	5%	—,—	do. do. (rz. 100)	3½%	98,50 G
Pomm. 2. (rz. 110)	4%	—,—	do. Hyp.-Verf.-Certific.	4½%	100,00 G
Pomm. 1. (rz. 100)	4%	94,00 G	do. do. do.	4%	100,80 bG
Pr. B. Cr. unkundb. (rz. 110)	5%	112,00 G	Rhein. Hypoth.-Pfdbr. (kdb. 90)	4%	—,—
do. Ser. 3. 5. 6. (rz. 100)	5%	106,75 G	Stett. Nat.-Hyp.-Cr.-G.	5%	—,—
			do. do. (rz. 110)	4½%	105,10 G
			do. do. (rz. 110)	4%	100,75 bG
			do. do. (rz. 100)	4%	98,60 B

Bank-Papiere.

Div. p. 1888			Div. p. 1888		
Bk. f. Spr.-Prd.-P.	8⅓	79.00 B	Dtsch. Genossensch.	7½	137,75 bB
Berliner Kassenver.	5⅓	136,50 G	Disc.-Command.	12	246,10 bG
do. Handelsges.	10	2[illegible]1,50 bG	Dresdner Bank	9	163,30 bG
do. Prod.-Hdl.	5	200,25 G	Nationalbank	8	151,75 bG
Bresl. Disc.-Bank	6⅓	118,25 b	Pomm. Hyp. conv.	4	23,10 b
Darmstädter Bank	9	178,50 G	Pr. Centr.-Bod.	9½	150,50 bG
Deutsche Bank	9	174,60 bG	Reichsbank	5	136,10 b

Industrie-Papiere.

Adler Brauerei	5	116,25 G	Danz. Oelmühle	12	153,50 bB
Ahrens do.	4	8[illegible],50 b	Dessauer Gas	10	178,00 bG
Böhmisches do.	15	—,—	Nobel Dyn. Trust	8½	189,50 bG
Bock do.	5	90,00 bB	G.-F. Harb.-Wien	16⅔	—,—
Bolle do.	6	—,—	Löwe u. Co.	15	252,00 bG
Landré do.	10	—,—	Magd. Gas-Ges.	4½	93,25 G
Tivoli do.	4	129,50 bG	Maschinenfabrik Görl. (conv.)	8	155,50 G
Bredow. Zuckerf.	7	—,—	do. (Lüders)	8⅓	178,00 bG
Chem. Fabrik Heinrichshall	6	120,50 B	Grusonwerke	12	194,00 bG
Leopoldshall	4	111,10 bG	Hallesche	16	360,00 bB
Oranienburg	4	59,60 bG	Hartmann	8	171,60 G
do. St.-Pr.	5	—,—	Pomm. conv.	8	118,00 B
Schering	18	284,25 G	Schwartzkopf	13⅓	261,00 bG
Staßfurter	8	133,50 b	St. Vulc. L. B.	6	152 50 bG
Union	9	156,50 G	Nordd. Lloyd	4	188,25 b
Brauer. Elysium	—	—,—	Pos. Spritfabrik	9½	—,—
Möller u. Holb.	4	70,00 b	Siem. Glas-Ind.	11	167,00 bB
P. Chem. Pr.-F.	10	205,00 b	St.-B. Cementf.	15	173,00 bG
P. Prov. Zuckers.	21	400,00 b	Stralſ. Spielkart.	6	121,75 bB
St. Ch.-F. v. Did.	30	—,—	Gr. Pferdeb.-G.	12½	273,00 b
St. Walzm.-Act.	30	—,—	Carlsr. Pferdeb.	—	—,—
St. Bergschl.-Br.	—	—,—	Stett. Pferdeb.	2	—,—
St. Dampf. A. G.	13⅓	—,—	N. St. Dampf.-C.	12	145,30 bG
Papiers. Hohenk.	—	—,—			

Bergwerk- und Hüttengesellschaften.

Berzelius Bergw.	6½	128,90 bB	Harkort Bergw.	4	154 75 b
Bochum. Bgw. A.	—	—,—	Hibernia	7½	232,00 b
do. Gußstfab.	9	253 40 b	Kön.- u. Laurah.	5⅓	174,60 b
Bonifacius	8	147,75 bG	Louise Tiefbau	3½	163,00 b
Borussia Bergw.	4	82,00 B	Märk.-Westf.	12	238,50 b
Donnersmarck.	4	93,80 b	Oberschlesische	5½	121,00 bG
Dortmunder St.-Pr. L. A.	6	131,60 b	Stolberg. Zink-H.	2½	78,40 b
Gelsenkirchener	6	208,10 b	do. do. St.-Pr.	7½	145,10 bG

Versicherungs-Gesellschaften.

Aachen-Münch.	420	10850,00 G	Germania	45	1096,00 G
Berliner Feuer.	150	—,—	Magd. Feuer	225	1050,00 bG
do. Ld. u. W. T.	120	1885,00 G	do. Rück.	45	—,—
do. Leben	178	4500,00 B	Preuß. Leben	37,5	750,00 bG
Colonia, Feuerv.	390	—,—	Pr. Nat.-V. St.	72	—,—
Concordia, L.	97	—,—	Providentia	40	
Elberfeld. F.	270	—,—	Thuringia	200	5005,00 G

Bank-Diskont.

Reichsbank 5, Lombard 6
Privatdiscont 4⅞ b

		Wechsel-Cours vom 12. Dezbr.
Amsterdam 8 Tage	2½%	168,35 b
do. 2 Monat	2½%	167,85 b
Belg. Plätze 8 Tage	3½%	80,70 b
do. 2 Monat	3½%	80,25 b
London 8 Tage	2½%	20,345 b
do. 3 Monat	2½%	20,175 b
Paris 8 Tage	3%	80,70 bG
do. 2 Monat	3%	80,30 G
Wien Oesterr.-W. 8 Tage	4½%	173,25 b
do. 2 Monat	4½%	171,70 b
Schweiz. Plätze 10 Tage	4%	80,60 b
Italienische Plätze 10 Tage	5½%	79,70 b
Petersburg 3 Wochen	6%	216,45 b
do. 3 Monat	6%	213,25 b
Warschau 8 Tage	6%	217,00 b

Gold- und Papiergeld.

Ducaten per Stück	—,—	Engl. Banknoten	20,345 b
Sovereigns	20,33 G	Franz. Banknoten	80,80 b
20 Francs per Stück	—,—	Oesterr. Banknoten	1[illegible]3,40 b
Dollar	4,18 G	Russ. Noten	217,5[illegible] b

Gewagtes Spiel
oder
Der Kampf um eine Million.
Von **J. Miramar.**

7)

„Das ist keine fixe Idee, keine Phantasie, sondern ein fester, unverbrüchlicher Vorsatz," antwortete Heinrich. „Ich habe geschworen, Rache an ihm zu nehmen, an ihm, der mir das gethan hat und ich werde meinen Schwur halten."

„Du willst ihn tödten?" fragte Lüdemann.

„Nein, das wäre zu wenig!" rief zähneknirschend der junge Mann. „Ich will ihm wie ein Geier das Herz zerreißen."

Er legte bei diesen Worten seine linke noch immer mit dem Handschuhe bekleidete Hand auf den Tisch und deutete mit der rechten Hand darauf hin. Sein Gefährte schien diese Geberde vollständig zu verstehen. Der Handschuh verhüllte wahrscheinlich die Ursache der furchtbaren Racheschwüre, denn Lüdemann nickte mit dem Kopfe und sagte:

„Du hast Recht; ich wäre der Letzte, der Dich daran verhinderte."

Die Uhr hob wieder zum Schlage aus.

„Halb zwölf," sagte Heinrich; „unsere Leute bleiben lange."

Lüdemann öffnete abermals das Fenster und stieß den Laden ein wenig zurück.

Tiefe Stille herrschte ringsumher, jene Stille, welche zuweilen dem Sturm voranzugehen pflegt; aber Louis Lüdemann kümmerte sich wenig um das, was in der Natur vorging. Er hatte seine Brille auf die Stirn geschoben, um besser in die Dunkelheit spähen und das sehen zu können, was in der Nähe des Hauses vorging; mit gespannter Aufmerksamkeit lauchte er, ob aus der Ferne sich kein Geräusch hören lasse.

Nach Verlauf einiger Minuten wandte er sich zu seinem Gefährten um und sagte:

„Sie kommen, es geht Alles gut!"

Es gehörte ein sehr feines Ohr dazu, um aus so weiter Ferne das Geräusch von Schritten unterscheiden zu können. Je mehr sich dieselben näherten, konnte man hören, daß sie von mehreren Männern herrührten, die eine Last zu tragen schienen, denn sie klangen regelmäßig aber schwer.

„Es ist nicht nöthig," begann Louis Lüdemann mit cynischem spöttischen Ton, daß wir bei der kleinen Unterhandlung, die wir jetzt führen werden, unsere schönen Gesichter noch unentgeltlich in den Kauf geben. Ich habe ein viel zu respektables Aeußere und Du ein zu schönes Bärtchen, das könnte uns am Ende unbequem werden."

„Ich dachte, Du erwartest gute Gesellschaft", versetzte der junge Mann.

„Eben deswegen wollen wir Toilette machen. Da," fuhr er fort und öffnete eine Kommode, die er zur Garderobe eingerichtet zu haben schien, „klebe Dir diesen Backenbart an und setze diesen Strohhut auf, er wird die Reize Deines Gesichtes etwas beschatten. Ich nehme diesen Vollbart und die Perrücken, damit bin ich wohl unkenntlich genug gemacht."

Ein schneller Wachtelschlag, so genau nachgeahmt, daß es selbst das Ohr eines Jägers getäuscht haben würde, ließ sich vernehmen. Beide eilten ans Fenster und stießen den Laden noch etwas weiter auf.

Der dadurch nach Außen fallende Lichtschein beleuchtete eine Gruppe von Männern von mehr als zweifelhaftem Aussehen, die ein langes Packet trugen, von dem man nur die weiße Umhüllung sah.

Der Anblick dieses durch den dunklen von Kastanien und Lindenbäumen mit abgemessenen Schritten daherkommenden Zuges hatte etwas Unheimliches, Gespensterhaftes. —

Die Männer kamen in tiefem Schweigen bis dicht unter das Fenster des Hauses. Die Lichter wurden abermals ausgelöscht, der Laden ward aufgestoßen, und beide Flügel des bis zum Fußboden hinabgehenden Fensters geöffnet. Die Draußenstehenden hoben das Packet hinein, die beiden im Zimmer Befindlichen nahmen es in Empfang und legten es vorsichtig auf den Boden. Hierauf schwangen sie sich Einer nach dem Andern am Fenster empor und sprangen in die Stube. Louis Lüdemann verschloß Fenster und Laden wieder, zündete Licht an, hob dann das Packet vom Boden auf und trug es auf das Sopha. Man sah nun, daß die Hülle kein Leichentuch, sondern ein großer Shwal von seiner weißer Wolle mit einer schmalen gewirkten farbigen Kante war und er die leblose Gestalt einer Frau umschloß.

3.
Das Kartenspiel.

Die Ohnmächtige mochte eine hohe Vierzigerin und früher eine Schönheit gewesen sein, jetzt aber, wo ihre Züge die Reize der Jugend und auch diejenigen verloren hatten, welche der Sommer des Lebens der Frau verleiht, waren sie scharf und eckig geworden und trugen das unverkennbare Gepräge der Härte und des Hochmuthes.

Heinrich Fahlteig war zu der Ohnmächtigen getreten. Er betrachtete das Gesicht einige Sekunden mit großer Aufmerksamkeit, als ob er sich aus dem Anblick desselben ein Bild vom Wesen und Charakter seines Opfers machen und danach den Plan für die Art und Weise seines Auftretens gegen sie entwerfen wolle. Mit einem befriedigenden Nicken richtete er sich wieder empor und begann nun der Dame die Hülfsleistungen angedeihen zu lassen, deren sie bedurfte, um aus ihrer Erstarrung zum Leben zurückgerufen zu werden.

Auf einen gebieterischen Wink von Louis Lüdemann hatten die drei Neuangekommenen sich in den äußersten Winkel des Gemaches zurückgezogen.

Dieses Trio bildete mit Lüdemann und Fahlteig und dem bereits genannten Buckligen, der stets als Wache und Plänkler diente, das sogenannte „Kartenspiel", d. h. die Spitzen einer gefährlichen, weit verzweigten Gauner-, Diebes- und Räuberbande, die ihr Hauptquartier in Berlin hatte, von dort aus aber Streifzüge durch ganz Deutschland unternahm. In jener Zeit politischer Windstillen, wo das öffentliche Leben völlig todt war, das Interesse der gebildeten Kreise sich auf Theater, Literatur, Musik und die Vorgänge in literarischen und künstlerischen Kreisen wie bei Hofe beschränkte, fand das Volk ein bei Weitem größeres Vergnügen an Schaustellungen aller Art, als in unseren Tagen, wo Jeder mehr oder weniger sich berufen glaubt, handelnd mit auf der Bühne des politischen oder sozialen Lebens zu erscheinen. Es war diesen Leuten daher möglich, als Athleten, Taschenspieler, Menageriefuhrer, Bauchredner u. s. w bald an diesem, bald an jenem Orte unter den verschiedensten Gestalten aufzutauchen, unter dem Deckmantel ihres angeblichen Gewerbes Verbrechen zu begehen und sich dem Arme der strafenden Gerechtigkeit zu entgehen, der damals ihre mächtigsten Verbündeten, die Eisenbahnen und der elektrische Funken des Telegraphen noch nicht zur Seite standen. Trotzdem die Einwohnerzahl von Berlin sich heute gegen vor fünfzig Jahren beinahe um das Zehnfache vermehrt hat, wäre die Existenz einer solchen Bande auf längere Zeit daselbst weit weniger möglich als früher. Konnte zu jener Zeit doch ein Schinderhannes und Genossen und anderes ähnliches Gelichter lange Zeit ungestraft ihr heilloses Wesen treiben.

Die Bande vom Kartenspiel war um so gefährlicher, als in ihr sich die verschiedensten Kräfte und Fähigkeiten vereinten und von einem oder eigentlich von zwei Köpfen geleitet wurde, welche mit teuflischer List rücksichtslose Kühnheit verbanden und jede menschliche Regung als einen überwundenen Standpunkt betrachteten. Wir haben den Lesern diese beiden Persönlichkeiten bereits vorgestellt und brauchen ihr Bild nur noch durch einige Striche zu vervollständigen.

Das eigentliche Haupt der Bande, der elegante junge Mann, Heinrich Fahlteig, dessen linke Hand stets mit dem Handschuh bedeckt war, hatte, wie wir bereits gesehen haben, seinen Brief an Fräulein von Benkendorf Pique Aß unterzeichnet und war auch den Meisten seiner Bande und seines Gelichters fast nur unter diesem Namen bekannt. Er hatte Medizin und Chirurgie studirt, wandte aber die erlangten Kenntnisse und Fertigkeiten nicht an, um Leben zu erhalten und Leiden zu lindern, sondern im Gegentheil, wenn sein Vortheil es nicht gerade, wie in diesem Augenblick der ohnmächtigen Dame gegenüber anders erheischte, zu gemeingefährlichen Zwecken.

Unterstützt ward er in der Ausübung seines ehemaligen Berufes auf seine Weise durch Grunert, genannt Pique-Zehn, einen ehemaligen Apotheker und Droguisten, von seinen Gefährten auch zuweilen in zarter Anspielung auf das, was ihn zuerst mit dem Strafgesetz in Kollision gebracht und einige Jahre Zuchthaus eingetragen hatte, Herodes oder Kindermörder genannt. Er war übrigens auch stark, kräftig und gewandt und noch in vielen andern Fächern zu Hause.

Louis Lüdemann, Pique König genannt, der ehemalige Advokatenschreiber, hatte eine so lange Schule von Abenteuern und Verbrechen hinter sich, daß deren Aufzählung und Schilderung für sich allein einen Roman bilden würde. Wir begnügen uns daher, ihn als den Weisen und Rathgeber der Bande vorzustellen, die ihn auch wohl ihren Salomon nannte. Vermöge seines Alters und seiner Erfahrung hätte er wohl Anspruch gehabt, das Haupt der Bande zu sein, er hatte sich jedoch freiwillig mit dem zweiten Range begnügt und den ersten seinem Vetter überlassen, den er als seinen Zögling betrachtete und auf den er als solcher stolz war.

Die drei Andern hießen: Wilke, genannt Pique-Acht; Lemke, genannt Pique-Drei, und Martin Köpke, genannt Pique-Bube. Wilke war Schmied gewesen und besaß die Stärke eines Stieres, Lemke hat sich in mehreren Fächern, als Musikant, als Kunstschlosser und Drechsler versucht, Köpke endlich hatte nie ein eigentliches Brodstudium ergriffen, sondern war so zu sagen schon als Eulenspiegel, Gauner und Taschendieb zur Welt gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Am Mittwoch, den 11. Dezember, Vormittags 9 Uhr, starb plötzlich in Folge eines Schlaganfalls mein lieber Mann und unser guter Vater, der Restaurateur **Friedrich Carls,** in seinem 57. Lebensjahre, was hiermit tiefbetrübt anzeigen

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause Schiffbaulastadie 20 aus statt.

Familien-Nachrichten aus anderen Zeitungen.

Geburten: Ein Sohn: Herrn Paul Schulz (Greifswald). — Herrn Oskar Schmeidler (Wien). — Herrn R. Möllendorf (Anklam).

Verlobungen: Frl. Margarethe Breem mit Herrn Franz Peters (Neubrandenburg, Netzband b. Wolgast).

Sterbefälle: Frau Louise Schleiffer, geb. Möhring (Stargard). — Frau Amalie Dornacher, geb. Schwartz (Prenzlau). — Herr J. P. Ziepke (Zingst). — Herr H. Lau (Greifswald). — Herr Johann Dünnbier (Greifswald).
